

## Auf einen Blick – Ergebnisse 11. Welle WR-Politpuls

<b>Methode:</b>	Online-Befragung (CAWI)
<b>Grundgesamtheit:</b>	Mitglieder des Wirtschaftsrates der CDU e.V.
<b>Bruttostichprobe:</b>	10.091
<b>Stichprobe:</b>	n=1.845 (18,28 %)
<b>Erhebungszeitraum:</b>	29. Mai bis 06. Juni 2012

---

### 1. Stärken/Schwächen

84 % der Umfrageteilnehmer sehen die Europapolitik und 69 % die Haushaltspolitik als zentrale Stärken der CDU/CSU. Damit haben fast 2.000 Unternehmer der Bundesregierung in diesen Bereichen den Rücken gestärkt. Keine andere Partei zeichnet sich durch soviel Kompetenz in diesen Bereichen aus. Enttäuscht sind die Mitglieder des Wirtschaftsrates über die Umwelt-, Energie-, Gesundheits- sowie Netz- und Medienpolitik. Gerade die Energiepolitik wird so stark (67 %) wie bei keiner anderen Partei als Schwäche gesehen. In der Umweltpolitik sind mit 59 % Bündnis 90/die Grünen führend. Die Piratenpartei wird einzig im Bereich Netz- und Medienpolitik wahrgenommen.

### 2. Herausforderungen

77 % der Befragten sehen die Kürzung der Staatsausgaben zur Konsolidierung des Staatshaushaltes als für die Union vorrangig an, um das wirtschaftspolitische Profil zu schärfen. 68 % plädieren für den Abbau der kalten Progression, damit der Staat nicht länger Inflationsgewinnler ist. Für 65 % sind die Verabschiedung des ESM und Fiskalpakets vorrangig, um die Stabilisierung der Eurozone voranzubringen. Gespalten sind die Mitglieder bei der Umsetzung der Energiewende. 49 % sind für eine Beschleunigung, damit die Versorgung sicher bleibt, auch wenn dadurch der Strom teurer wird. 41 % sind für eine Verlangsamung, wenn dadurch die Bezahlbarkeit gewährleistet bleibt. Für eine Ausweitung der Sozialprogramme sprechen sich nur 7%, für das Auflegen von staatlichen Ausgabenprogrammen nur 14 % aus.

### 3. Gefahren für das Industrieland

Als Hauptgrund für die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland werden mit 95 % die Stärke und Effizienz von Mittelstand und Industrie genannt. Als größte Gefahr für eine weitere positive Entwicklung des Industriestandortes Deutschland schätzen die Teilnehmer mit 89 % die Auswirkungen der EU-Schuldenkrise ein. 74 % halten den Anstieg der Schulden von Bund, Ländern und Kommunen für bedenklich. Zudem werden die Auswirkungen des demografischen Wandels und zunehmenden Fachkräftemangels sowie der Anstieg der Energiepreise für gefährlich gehalten. Weitere Gefahren drohen durch den Anstieg der Steuerbelastung, steigende Lohn- und Sozialausgaben und dem fehlenden Zugang zu Rohstoffen. Den mangelnden flächendeckenden Breitbandausbau sehen 19 % als kritisch.

#### **4. EU-Schuldenkrise**

Bei der Bewältigung der Schuldenkrise gehen die Meinungen klar in eine Richtung: 91 % stimmen der Aussage zu, dass der verhandelte Fiskalpakt mit den verbindlichen Schuldenbremsen zu einem wesentlichen Stabilitätspeiler der EU werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass es nicht zu einer nachträglichen Aufweichung der Schuldenregeln kommen darf. 85 % der Befragten sind der Meinung, dass die Möglichkeit geschaffen werden muss, EU-Länder bei wiederholter Nichteinhaltung von zugesagten Konsolidierungsmaßnahmen aus der Eurozone auszuschließen. Zugleich sprechen sich 85 % gegen die Einführung von Eurobonds aus, wenn dies bei soliden Ländern wie Deutschland die Schuldenaufnahme verteuern würde. Fast genauso viele (84 %) sind gegen Dauersubventionen der EU-Gemeinschaft, um andere EU-Länder im Euro zu halten. Dies zeigt, dass die aktuelle Regierungspolitik bei den Mitgliedern des Wirtschaftsrates auf starke Zustimmung trifft.

#### **5. Rolle der EZB**

Die Europäische Zentralbank muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe der Preisniveaustabilität fokussieren. Es ist nicht ihre Aufgabe, Staaten zu finanzieren. Die Krise lässt sich nicht mit der Notenpresse lösen. Dies sehen 87 % der Befragten so. 76 % sprechen sich dagegen aus, dass die EZB eine höhere Inflationsrate in Kauf nimmt. 82 % sind gegen den Kauf von Staatsanleihen aus Krisenländern durch die EZB, weil dies den deutschen Steuerzahler zusätzlich belastet.

#### **6. Sozialpolitik**

Über dreiviertel (76 %) der Befragten sind der Ansicht, dass Deutschland keinen finanziellen Spielraum für neue soziale Wohltaten hat. 54 % wollen gleichwohl die Leistungen für Pflegebedürftige erhöhen. 53 % sind gegen Zuschussrenten für Geringverdiener, 72 % gegen eine Erhöhung der Pendlerpauschale und 74 % gegen das Betreuungsgeld.

#### **7. Fachkräftemangel**

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollte die naturwissenschaftlich-technische Ausbildung ausgebaut werden. Dies schätzen 94 % als sehr und eher wichtig ein. Zudem sind die Reduzierung der hohen Abbrecherquote bei Schul- und Hochschulabschlüssen sowie die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit 89 % bzw. 88 % fast ebenso bevorzugte Maßnahmen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Geeignete Anreize für mehr Zuwanderung und das Verhindern des Aufweichens der Rente mit 67 bzw. 69 % der Teilnehmer.

#### **8. Energiewende**

Zentrale Handlungsfelder, die bei der Umsetzung der Energiewende gelöst werden müssen, sind: Unsicherheit durch politische Rängeleien beenden und klaren Fahrplan für die Umsetzung der Energiewende vorlegen. Dies schätzen 95 % als wichtig und sehr wichtig ein. Die Koordination des Stromnetzausbaus und des Ausbaus erneuerbarer Energien auf Bundesebene sehen 94 % als sehr wichtig und wichtig. Fast genauso viele Teilnehmer (92%) messen der Stärkung der Akzeptanz in der Bevölkerung für Neubau und Modernisierung von Strom- und Gasnetzen sowie neuen Kapazitäten maßgebliche Bedeutung zu. Förderstrukturen für erneuerbare Energien an Wettbewerb und Markt auszurichten ist für 86 % wichtig. Die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäude-, Mobilitäts- und Industriebereich stärker voranzutreiben, schätzen 81 % als sehr wichtig und wichtig ein. Für 78 % ist die starke Einbeziehung europäischer Nachbarstaaten wichtig und sehr wichtig.